

Kritik von CSU und Sozialverband

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Die Bildungschipkarte ist nicht nur in Hamburg, sondern auch auf Bundesebene durchaus umstritten. Betroffen wären deutschlandweit etwa 1,7 Millionen Kinder. Im Land Bremen gibt es laut Sozialbehörde 26700 Kinder unter 15 Jahren, die in Hartz-IV-Familien leben.

Doch nicht einmal in der schwarz-gelben Koalition herrscht Einigkeit. Vor allem die CSU wendet sich gegen den Plan von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen. So kritisierte gestern die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer in einem Interview mit der „Welt“ die Karte: „Geld, das für die Bildung eingeplant ist, darf nicht zweckentfremdet werden“, sagte sie. „Ein warmes Mittagessen bleibt eine Sozialeistung, auch wenn es in der Schule gegessen wird, und muss auch künftig aus dem Sozialetat bezahlt werden.“ Zudem kritisierte Haderthauer, dass die Chipkarte neue Bürokratie sowie „Kinder erster und zweiter Klasse“ schaffe. Zur Ordnung gerufen wurde sie sogleich von Miriam Gruß, familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Generalsekretärin der bayerischen FDP: Über technische Ausgestaltung und Finanzierung der Karte könne noch geredet werden, sagte sie, die Diskussion solle aber nicht, wie von ihrer CSU-Kollegin, über die Medien geführt werden.

Unterstützung erhielt Haderthauer hingegen vom Sozialverband Deutschland (SoVD). Dessen Präsident Adolf Bauer bezeichnete die Karte gestern als „Lösung aus dem vergangenen Jahrhundert“. Auch Bauer sieht in der Ausgabe von Gutscheinen für bestimmte Gruppen eine Diskriminierung. Der SoVD-Präsident forderte die Regierung daher auf, stattdessen die Ausgaben für Bildung in den Hartz-IV-Regelsatz für Kinder einzurechnen. Eine aus seiner Sicht angemessene Höhe für diesen Satz nannte er allerdings nicht. Dafür müsse man zunächst die Einkommens- und Verbrauchsstichproben abwarten, auf deren Basis die Sätze berechnet werden. Doch kritisierte der Verband zugleich, dass sich diese Berechnung am Konsumverhalten im unteren Einkommensbereich orientiere und nicht am tatsächlichen Bedarf.

Der SoVD stellte in diesem Zusammenhang auch sein Forderungspapier „Kinderarmut bekämpfen – Chancengleichheit verwirklichen“ vor. Darin enthalten sind Forderungen nach einem flächendeckenden Ausbau der Kleinkinderbetreuung und mehr Ganztagschulen. Diese sollten kostenlos sein. Außerdem plädiert er für eine weitere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Einführung eines Mindestlohns. Denn Kinderarmut, so der Verband, sei eng verknüpft mit Elternarmut.